

Abgeordnetenhaus B E R L I N

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

39. Sitzung
30. Mai 2024

Beginn: 14.10 Uhr
Schluss: 18.05 Uhr
Vorsitz: Frau Abg. Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Günther-Wünsch, Frau Staatssekretärin Henke, Herrn Staatssekretär Dr. Kühne und Herrn Staatssekretär Liecke (alle SenBJF) repräsentiert.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhaus als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Die Vorsitzende informiert darüber, dass sie eine Mitteilung zur Einladung am 28. Mai 2024 mit dem Inhalt herausgeben habe, die Tagesordnung um den folgenden neuen Punkt 2 b):

Vorlage – zur Beschlussfassung – [0249](#)
Drucksache 19/1703 BildJugFam
Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
– Vorabüberweisung –

zu ergänzen. Hintergrund sei ein Schreiben des Senats vom 28. Mai 2024, mit dem der Senat bei der Präsidentin des Abgeordnetenhauses die Vorabüberweisung nach § 32 Abs. 4 GO Abghs im Hinblick auf die o. g. Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1703, erbeten habe. Schon vor der regulären Plenarsitzung am 6. Juni 2024 solle dem Ausschuss die Beratung und Beschlussfassung über diese Gesetzesvorlage ermöglicht werden.

Als Begründung nenne der Senat den Zeitplan, damit die erforderlichen Änderungen des Schulgesetzes zu Beginn des Schuljahres 2024/2025 in Kraft treten können.

Die Vorsitzende unterrichtet den Ausschuss überdies darüber, dass aufgrund der umfangreichen Anhörung in der heutigen Sitzung der Ausschuss in der letzten Runde der Sprecherinnen und Sprecher übereingekommen sei, die Sitzungszeit abweichend von der Vorschrift des § 25 Abs. 8 GO Abghs, wonach die Sitzung aus Gründen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um 17.00 Uhr enden soll, ausnahmsweise um eine Stunde bis 18.00 Uhr verlängert werde.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) Aktuelle Viertelstunde

Gemäß Punkt 4, Abs. 6 der Verfahrensregeln des Ausschusses vom 17. Mai 2023 ruft die Vorsitzende die folgenden schriftlich eingereichten Fragen der Fraktionen in der Reihenfolge ihres zeitlichen Eingangs auf.

- „Am 21. Mai wurde ein Schulschreiben zur Organisation des Schuljahrs 2024/2025 verschickt: Was ist der Inhalt und die Zielsetzung dieses Schreibens?“
(CDU)
- „Wird die Senatorin ihre Ankündigung zur Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Referendar*innen und Kürzung der Profilstunden an den Schulen, die bei der GEW, dem Landeselternausschuss sowie sämtlichen Schulleitungsverbänden zu einem Sturm der Entrüstung geführt hat, zurücknehmen oder will sie an ihrer Politik gegen die Beschäftigten in der Schule festhalten?“
(Bündnis 90/Die Grünen)
- „Trifft es zu, dass die Senatsverwaltung plant, die sogenannte Brennpunktzulage für Erzieher*innen zum kommenden Schuljahr abzuschaffen, während gleichzeitig im parlamentarischen Verfahren die Zulage für Lehrkräfte um ein weiteres Jahr verlängert wird?“
(Die Linke)
- „Inwiefern ist die Bildungsverwaltung bestrebt, dem aktuellen Appell der Aufarbeitungsbeauftragten und des Verbands der Geschichtslehrer nachzukommen, der Vermittlung der DDR-Geschichte in der Schule mehr Raum zu geben und der Thematisierung der DDR in den Rahmenlehrplänen mehr Verbindlichkeit zu verleihen?“
(AfD-Fraktion)

Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) beantwortet diese sowie spontane, mündliche Nachfragen der Ausschussmitglieder (zu den Antworten und den Nachfragen der Ausschussmitglieder vgl. Inhaltsprotokoll).

Die Fraktion der SPD hat keine schriftliche Frage eingereicht und verzichtet darauf, eine spontane, mündliche Frage zu stellen.

b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) teilt mit, dass aus zeitlichen Gründen kein mündlicher Bericht in der heutigen Sitzung erfolgen wird.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Weiterentwicklung des Schulgesetzes
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)
- b) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1703
Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften
– Vorabüberweisung –

0243
BildJugFam

0249
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass der Ausschuss zu diesem Punkt eine Anhörung nach § 28 Abs. 1 GO Abghs durchführen werde.

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls gemäß § 26 Abs. 7 S. 4 GO Abghs aufgrund der zu erfolgenden Anhörung.

Frau Abg. Khalatbari (CDU) begründet den Besprechungsbedarf für die Antrag stellenden Koalitionsfraktionen der CDU und SPD.

Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF) nimmt zu den Punkten 2 a) und 2 b) einleitend Stellung.

Folgende Anzuhörende geben Stellungnahmen ab und beantworten Fragen der Ausschussmitglieder:

- Herr Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW BERLIN, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Landesverband Berlin,
- Herr Norman Heise, Vorsitzender des Landeselternausschusses (LEA),
- Frau Cornelia Liedtke, Rechtsanwältin für Schulrecht und Kitarecht,
- Herr OStD Arnd Niedermöller, Vorsitzender und Sprecher der Vereinigung der Oberstudiendirektorinnen und Oberstudiendirektoren des Landes Berlin e.V. (VOB),

- Herr Guido Richter, Co-Vorsitzender des Verbandes Berliner Grundschulleitungen VBGL e.V.,
- Herr Stefan Spieker, Vorsitzender des Vorstands von Fröbel e.V., Geschäftsführer der Fröbel Bildung und Erziehung gGmbH.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Frau Senatorin Günther-Wünsch (SenBJF), Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF), Herr Staatssekretär Liecke (SenBJF), Herr Duveneck (SenBJF) und Frau Helmke Schulze (SenBJF) Stellung nehmen und Fragen der Ausschussmitglieder beantworten, beschließt der Ausschuss entsprechend der ständigen Ausschusspraxis einvernehmlich, Punkt 2 a) und 2 b) zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [0240](#)
Drucksache 19/1619
**Gesetz zur Finanzierung politischer Stiftungen und
kommunalpolitischer Bildungswerke aus dem
Berliner Landshaushalt (Berliner
Stiftungsfinanzierungsgesetz – BlnStiftFinG)**
BildJugFam
Haupt

Hinweis: Auswertung der Anhörung vom 16. Mai 2024

Die Vorsitzende gibt einleitend folgende Hinweise:

- Dieser Antrag habe in Verbindung mit einer Anhörung auf der Tagesordnung der Sitzung am 16. Mai 2024 gestanden und sei zwecks Anfertigung und Auswertung des Wortprotokolls vertagt worden.
- Das Wortprotokoll liege vor.
- Der Besprechungsbedarf sei bereits in der besagten Sitzung begründet worden, sodass der Ausschuss gleich mit der Beratung fortfahren könne.
- Es liegen dem Ausschuss ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU und SPD vom 27. Mai 2024 (Anlage 1) und ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vom 29. Mai 2024 (Anlage 2) vor. Diese Änderungsanträge wurden den Ausschussmitgliedern per Mail weitergeleitet.
- Eine Stellungnahme des Senats gemäß § 43 Abs. 1 GGO II liege dem Ausschuss nicht vor.

Frau Abg. Dr. Lasić (SPD) begründet den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD.

Herr Abg. Schatz (LINKE) begründet den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.

Im Anschluss an die Beratung, in deren Rahmen Herr Staatssekretär Dr. Kühne (SenBJF) Stellung nimmt und Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet, beschließt der Ausschuss wie folgt:

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD und der AfD-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD wird mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der AfD-Fraktion angenommen.

Im Ergebnis wird der Antrag – Drucksache 19/1619 – mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der AfD-Fraktion bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke mit den zuvor beschlossenen Änderungen angenommen.

Eine entsprechende Beschlussempfehlung wird dem Plenum über den Hauptausschuss zugeleitet.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (40.) Sitzung findet am Donnerstag, dem 13.06.2024, um 14.00 Uhr statt.

Die Vorsitzende

Die Schriftührerin

Sandra Khalatbari

Marcel Hopp
(stellv. Vorsitzender)